Offene Antwort auf den offenen Brief von Peter Vonstein vom 10. Oktober 2004 an das SozialForum Leipzig

Oliver Kloss

“Wer klug, aber doch für Schröder ist,
muss Millionär sein oder Masochist.”

Spruch aus der Montagsdemonstration

1. Ein kurzer Rückblick

Bis zum 30. August 2004 wandten sich Winfried Helbig als Sprecher des SozialForum, Frank Kimmerle, Pfarrer Christian Führer und die Gruppe um Dr. Wolfgang Teske (ehemals Schill-Partei) in unterschiedlichen Medien gegen das Auftreten von Oskar Lafontaine auf der **einen** vom Aktionsbündnis veranstalteten Montagsdemonstration zum 30. August 2004.

Um widersinnige Argumente waren die Beteiligten dieser Kampagne nicht verlegen, so wurde Lafontaine Landtagswahlkampf für die SPD unterstellt, um nur den wunderlichsten Vorwurf zu nennen.
Winfried Helbig beschied sich wiederholungsfreudig mit der Behauptung, es habe einen Konsensus im SozialForum gegeben, Politiker nie sprechen zu lassen.
Der wirkliche Konsensus vom Herbst 2003 bezog sich lediglich auf Parteifunktionäre und war der Tatsache geschuldet, dass im SozialForum mehrere Parteien, Organisationen und Einzelpersonen vertreten waren und sind, deren Interessen einander durchaus widersprechen können. Dies muss kein Problem schaffen, solange eine gemeinsame Intention vorhanden ist.
In Wirklichkeit haben auf den Kundgebungen nach den Montagsdemonstrationen, die von Winfried Helbig veranstaltet worden waren, stets auch Mitglieder unterschiedlicher Parteien gesprochen. Unpolitische Politik ist nun einmal nicht möglich. Inhaltlich wurden keinerlei Beschränkungen vorgegeben, aber die Organisationszugehörigkeiten verschwiegen.
Am 22.08.2004 forderte Winfried Helbig per Pressemitteilung Angela Merkel, Wolfgang Clement, Rainer Büttikofer und Guido. Westerwelle – kurz: amtierende Politiker, die sich als Gegner des Sozialstaates besonders profiliert haben – zu einem gemeinsamen Auftritt vor der Leipziger Montagsdemonstration auf.
Am Abend des 30. August wiederholte Winfried Helbig diese seine Einladung sogar öffentlich im Fernsehsender Phönix.
Nicht nur ich nahm fortan keine Rücksicht mehr auf Winfried Helbigs Verdienste um die im vergangenen Herbst und letzten Frühling in Leipzig veranstalteten Montagsdemonstrationen gegen die Agenda-2010-Politik.

Die zu später Stunde vollzogene und daher provisorische Wahl kommissarischer Sprecher war Anfang September zum Zwecke schierer Schadensbegrenzung notwendig geworden. Am Mittwoch darauf folgte die bestätigende reguläre Wahl.

Es war stets bekannt, dass die Sprecher in anderen Organisationen mitarbeiten:
Roger Schaumberg und ich in der Wahlalternative ASG Leipzig,
Peter Vonstein in der AG Parteireform der PDS.
Für die Außendarstellung des SozialForum wurden diese Organisationszugehörigkeiten aber – soweit mir bekannt – von keinem der Sprecher hervorgehoben.

2. Zum Wirken der drei Sprecher des SozialForum Leipzig

Die drei Sprecher sind im Wechsel bei je zwei Montagsdemonstrationen gegenüber dem Ordnungsamt und der Polizei als Veranstalter und auf der Kundgebung als Moderatoren aufgetreten (Moderation: 6. und 13. September Peter Vonstein, 20. und 27. September Oliver Kloss sowie 4. und 11. Oktober Roger Schaumberg).
Die Rednerlisten hatte das SozialForum jeweils als ganzes zu verantworten.

Wie funktionierte die Zusammenarbeit der Sprecher?
Was mich betrifft, so räume ich gern ein, dass meine Erreichbarkeit anfangs zu wünschen übrig ließ. Dies war durch langfristig terminierte Teilnahme an einer Konferenz sowie eine Krankheit bedingt.

Zu den beiden anderen Sprechern, Peter Vonstein und Roger Schaumberg, kann ich nur sagen, dass der wohl persönlich wie politisch bedingte Konflikt offenbar unlösbar ist.
Während der eine an ehrlichem Pessimismus seinen Realismus ausrichtet, bietet der andere einen Enthusiasmus auf, den zu teilen ebenfalls nicht jedem vergönnt ist.
Zu den politischen Differenzen komme ich später.

Rein formal haben die beiden einander wenig vorzuwerfen, unabgesprochenes Vorgehen dürfen sie sich gegenseitig nachsagen, doch der entstandene Schaden ist aus meiner Sicht geringer als angenommen.

Der Brief von Peter Vonstein an Pfarrer Führer vom 13. September 2004, wollte *„Missverständnisse aufklären, die zurzeit offenbar den Gesprächsfaden zum Sozialforum Leipzig abreißen lassen“*, obwohl sich der Adressat bereits klar im Interview vom 30. August zum Befürworter von „Hartz IV“ erklärt hatte. Letztlich hat dieser Brief nicht geschadet, er wurde nicht gegen das SozialForum verwendet.

Dass Roger Schaumberg am 20. September in Berlin sprechen konnte und diese Möglichkeit wahrnahm, hieß unabgesprochen eine Möglichkeit nutzen, die an sich dem Sozialforum auch nicht geschadet hat.
Der Stil der Rede ist auch der meine nicht, doch er wurde hernach mehr kritisiert als der Inhalt.
Als Roger Schaumberg aber auf die Rednerliste für den 2. Oktober gesetzt worden war, wurde er von Peter Vonstein über den deutschlandweiten Verteiler für ungeeignet erklärt, d.h. ein Sprecher erklärte den anderen für ungeeignet – und dies hätte die ganze Rednerliste wieder in Frage stellen können. Ich habe sachlich zu reagieren versucht und sein Urteil zur Privatmeinung erklärt. Letztlich wurde auch im SozialForum beschlossen, dass Roger Schaumberg sprechen darf, sofern er nicht im Namen des SozialForum spräche.

Die Rede Roger Schaumbergs zum 2. Oktober in Berlin hat er zumindest mir im Entwurf vorgelegt. Auf meine Änderungswünsche ist er bereitwillig eingegangen. Auch mit einem letztlich frei gesprochenen Teil der Rede hatte ich keine grundsätzlichen Probleme.
Sogar Peter Vonstein räumte im Sozialforum hernach immerhin ein, dass keine Stellen solcher Art zu finden gewesen seien, wie er sie in der vorangegangenen Berliner Rede kritisiert hatte.
Wenn Peter Vonstein nun den Absatz in der Rede als kritikwürdig befindet, der den Berliner Senator Wolf als PDS-Mitglied angegreift, weil dieser 30.000 Ein-Euro-Jobs plant, vermag ich dem nicht zu folgen. Ich hätte gerade Peter Vonstein zuvor zugetraut, soviel kritischen Abstand zu PDS-Amtsträgern zu besitzen, dass er nicht sogar Planungen für gut erachten müsse, die von Bundesminister Clement explizit als vorbildlich gelobt worden sind, zumal Peter Vonstein selbst ein von „Hartz IV“ Betroffener sein wird.
Den eigentlich nichtssagenden Vorwurf, die Rede sei im Sinne der Wahlalternative ASG formuliert, begleitet nur das schwache Argument, die Koalitionsbeteiligung in Berlin gebiete Maßnahmen zugunsten von „Hartz IV“. Warum sollte man dann diejenigen SPD-Mitglieder, diejenigen Grünen etc., die Bundeskanzler Schröders Agenda-2010-Politik aus schierer Partei-Räson stützen, nicht innig verstehen?
Solche Kritik bestätigt gerade den Vorwurf, den Roger Schaumberg in seiner Rede – übrigens ohne jegliche Erwähnung der Wahlalternative ASG – erhoben hatte.
Es ist überaus fragwürdig, wenn die Protestierenden PDS-Mitglieder „Hartz IV“ zutreffend als „Armut per Gesetz“ identifizieren, während PDS-Regierungsbeteiligte bereits an der vorbildlichen Umsetzung kollaborieren. Wer ein offenes Wort darüber moniert, muss sich fragen lassen, wogegen und weswegen sie oder er sich eigentlich an den Montagsdemonstrationen beteiligt.

Ich bin von Anbeginn davon ausgegangen, dass unter den Sprechern keine inhaltliche Einigkeit bestehen muss, denn sie haben lediglich die Außenvertretung des SozialForum zu leisten.
Daher habe ich mich auch aus den beiden Arbeitsgruppen herausgehalten, denn ich glaube nicht, dass sie je zu einem einhelligen Ergebnis führen können.
Nicht umsonst sind die Beteiligten am SozialForum aus unterschiedlichen Organisationen zusammengekommen – ein Zweckbündnis reicht vollkommen aus.

3. Erwiderung auf Peter Vonsteins Brief vom 10. Oktober 2004

Wenn Peter Vonstein in seinem Briefe sagt, Diskussionen mit Roger Schaumberg und mir *„liefen immer auf ein Szenario hinaus, dass diese Bundesrepublik am Abgrund steht, gestürzt werden müsse, auch die folgende Bundesregierung wird sich nicht halten und dann ist die Macht des Volkes gefragt“*, so muss ich dem entschiedenst widersprechen.

Aus meiner Sicht – und diese habe ich Peter Vonstein auch mehrfach erklärt – steht die Bundesrepublik nicht *„am Abgrund“.* Das parlamentarische System der liberalen Demokratie besitzt für seine Entscheidungen eine hohe Legitimationskraft. Gerade darin besteht das gegenwärtige Dilemma.
Wenn die SPD-Führung an der Konfliktlinie Arbeit/ Kapital die bisherige Funktion der SPD im parlamentarischen System aufkündigt und sich auf die Seite von CDU/ CSU und FDP schlägt, gerät die demokratische Steuerung des Kapitalismus und mithin dessen Funktionsweise in Gefahr.
Wenn Koalition und Opposition um die Zersetzung des Sozialstaates wetteifern, sich perfide einig werden, erstirbt die öffentliche Diskussion.
Argumente werden durch eine Ideologie abgelöst, die nur noch in Nuancen ihre Alternativlosigkeit propagiert und die – mangels öffentlichen Rechtfertigungsdruckes – um keine noch so widersinnige Begründung mehr verlegen ist.

Es sei mir fern anzunehmen, die Bundesrepublik müsse *„gestürzt werden“*, im Gegenteil:
Mein Engagement dient allein dem Zwecke, die Bundesrepublik als Republik zu bewahren, während ich in der Agenda-2010-Politik überdeutlich die bewusst-entschlossene Zersetzung der Sozial- und Rechtsstaatlichkeit erkenne.

Dass die SPD-Führung ohne Rücksicht auf eigene Verluste, mögen sie sich auf 120.000 Mitglieder oder bisherige Stammwähler-Stimmen beziehen, enthemmt die Enteignung derjenigen betreibt, die ohnehin nicht viel haben, ist politisch überaus gefährlich.
Wir können noch nicht abschätzen, was von der SPD übrig bleiben wird, wenn Gerhard Schröder weiterhin regieren sollte. Für Häme sollte auch denjenigen die Lage zu ernst sein, die sich zunehmender Prozentsätze unter Wählerstimmen erhoffen dürfen.
Ohne Umverteilung zugunsten derjenigen, die nichts zu sparen haben, kann ein funktionierender Kapitalismus nicht dauern. Die Bundesrepublik – und mit ihr Europa – triftete in diesem Falle in eine unterkonsumptive Krise.
Kurz und auch für Marxisten verständlich gesagt: Der Klassenkampf von oben ist nicht minder antikapitalistisch als der Klassenkampf von unten - und kann, sofern es an effektivem organisierten Widerstande mangelt, das bestehende Gesellschaftssystem durchaus „aufheben“ bzw. aushebeln.

Es gehörte zu den zentralen politökonomischen Einsichten von John Maynard Keynes, dass Gewerkschaften nur unter Bedingungen annähernder Vollbeschäftigung die Verhandlungsmacht gewinnen, um die durchschnittliche Produktivitätssteigerung durch Lohnsteigerung und/oder Arbeitszeitverkürzung wachstumsoptimal ausgleichen zu können. Erst wenn Arbeitskraft knapp bzw. teuer wird, steigt die Verhandlungsmacht von Arbeit.

Die Politik der Agenda 2010 ist hingegen gewerkschaftsfeindlich. Der Staat untergräbt das Tarifrecht. Allein „Hartz IV“ wird Angst verbreiten und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nahe Null treiben. Zur Massenarbeitslosigkeit kommt nicht nur die Zerstörung sozialstaatlicher Errungenschaften, sondern auch die pure Erpressung mit dem Hunger hinzu, denn alles wird zumutbar und bei Verweigerung wird vom Wenigen noch etwas einbehalten. (Hier ist nicht der Ort, meine Analyse ausführlich darzustellen, meinen Einfluss zugunsten einer sowohl sozialdemokratischen wie linksliberalen Programmatik versuche ich in der WASG geltend zu machen.)

Vor diesem Hintergrund wären sogar Neuwahlen bereits ein Gewinn, mag auch die CDU an die Regierung kommen. Wenn Gerhard Schröder an den Konter-Reformen scheiterte, wäre sehr sehr viel erreicht! Die CDU-Politik der Umverteilung von unten nach oben, müsste angesichts politischer Gegnerschaft der SPD wieder weit vorsichtiger agieren. Ein plumpes Basta! Könnte sie sich nicht leisten.

Auch Teile der SPD könnten politisch endlich wieder reformistisch (nicht reaktionär konter-reformistisch) wirksam werden.

Doch zurück zu Peter Vonsteins Brief. Keiner muss Roger mögen, aber den „Entwurf einer Pressemitteilung“ als Beleg gegen ihn ins Feld zu führen, dies ist gar zu schwach. Der Entwurf war an die Sprecher gerichtet und unterbreitete ein Text-Angebot zur Kritik – wie bei Entwürfen gemeinhin üblich –, mehr eben nicht.
Ich habe meine Kritik zurück-gemailt. Mehr verbietet sich mir hier hinzuzufügen.

Der wache Blick ins SozialForum zeigt unter den Beteiligten in der Runde einen unübersehbar hohen Anteil an PDS-Mitgliedern. Ich habe damit keinerlei Probleme, zumal ich auch an die PDS **nicht** mit der SED-Losung „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei“ herangehe.
Auch PDS-Miglieder können heute unterschiedliche Intentionen vertreten und müssen nicht homogen agieren.
Jede und jeder Einzelne kann (aber muss nicht) mehr sein als nur Mensch oder gar nur Mitglied einer Organisation. Dies sollten sich Individualistinnen und Individualisten freimütig einräumen.
Dass jede und jeder seine Interessen hat, erwarte ich einfach, doch an Vorwürfe sollte man den Anspruch der Begründung erheben.

Und damit zum Groben im Briefe. Peter schreibt:
„Ich bin der Meinung das die Wahlalternative versucht ihr eigenes Süppchen zu kochen, der in der Anlage beigefügte Artikel der „TAZ“ vom Wochenende bestätigt dies. In diesem wird über Thomas Rudolf berichtet, interessant übrigens das er offensichtlich auch am vergangenem Montag Geld gesammelt hat. (Roger Schaumberg ist übrigens bei der Wahlalternative verantwortlich für Finanzen!) Beide weiteren Sprecher sind in der Wahlalternative verantwortlich tätig, Roger als Finanzchef und Oliver ist verantwortlich für Grundsatzfragen. […] Die inhaltlichen Differenzen [mit Roger Schaumberg] […] werden potenziert durch den Druck, der auf der Wahlalternative lastet (diese will sich in nächster Zeit als Partei konstituieren). Die Arbeit des Sozialforums ist keine Hilfstruppe der Wahlalternative, wer mit wachen Blick die Montagsdemonstrationen in Leipzig beobachtet[,] wird das immer massivere Auftreten der Wahlalternative nicht übersehen haben. Damit wird meine Entscheidung, ob gewollt oder zufällig, auch zur Entscheidung des Sozialforums eigenständig seine Tätigkeit organisiert oder ob im Hintergrund eine andere Gruppierung die Fäden zieht.“

Dazu nur soviel:
1. Der taz-Artikel von Thomas Gerlach zeichnet stilistisch zwei kontrastierende Karrikaturen: Thomas Rudolph und Jochen Lässig. Gerecht wird er vielleicht nicht einmal Jochen Lässig.
2. Ob jemand Geld sammelt, dies sieht man eben oder nicht, sofern man bei der Demo zugegen war. Die taz dürfte dafür eine gar zu ferne Quelle sein.
3. Aus unseren Funktionen in der WASG haben weder Roger Schaumberg noch ich ein Geheimnis gemacht.
4. Über Parteigründung wird erst im November entschieden, doch eine Mehrheit dafür zeichnet sich ab.
5. Die *Wahlalternative ASG* kann sich – wie andere Parteien auch – an der Demonstration beteiligen, sofern sie vom Veranstalter nicht ausgeschlossen wird.
6. Es kann schmeicheln überschätzt zu werden, doch bitte nicht so verschwörungstheoretisch! Das Urteil über den Einfluss der *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* sei den übrigen wach Blickenden im SozialForum anheim gegeben.

Ich bin des Sprecher-Amtes nicht bedürftig. Ich weiß mich auch sonst politisch zu betätigen.
Ich bin zur Kandidatur wieder bereit. Im Falle einer Mehrheit möchte ich aber fair darauf hinweisen, dass ich die Zustimmung vom Ausgang der Wahl abhängig machen werde.

Oliver Kloss

Leipzig, 13. Oktober 2004